



Griechenland – ein Jahr in der Krise

Analyse der sozialen und politischen Auswirkungen
eines beispiellosen Sparprogramms

NICK MALKOUTZIS

Juni 2011

- Die griechische Regierung hat signifikante Schritte zur Sanierung der Staatsfinanzen eingeleitet, dabei aber vielen Bürgerinnen und Bürgern eine schwere Last aufgebürdet.
- Die sozialen Folgen der Krise sind ablesbar an der aktuellen Rekordarbeitslosigkeit, den Schließungen von Unternehmen und Geschäften und der wachsenden Zahl sozial ausgegrenzter Menschen.
- Bislang hat die griechische Gesellschaft darauf politisch reif reagiert, es entwickelt sich jedoch ein zunehmender Riss zwischen dem politischen System, repräsentiert von den beiden großen Parteien PASOK und Nea Dimokratia, und den Bürgerinnen und Bürgern.
- Um die gesellschaftliche Unterstützung für weitere Reformanstrengungen zu gewährleisten, müssen drei Kernpunkte berücksichtigt werden: eine faire Lastenteilung bei der Besteuerung, die Reform des öffentlichen Sektors und eine versachlichte politische Debatte.

Vor gut einem Jahr schnürten die Europäische Union (EU) und der Internationale Währungsfond (IWF) das erste Rettungspaket für ein Mitgliedsland der Eurozone: einen Kredit über 110 Milliarden Euro für Griechenland. Finanzhilfe für ein am Rand des Bankrotts stehendes Land und politische Unterstützung für eine Regierung, die vor einem riesigen Berg an Wirtschaftsproblemen stand. Allerdings stellt sich 13 Monate später die ernsthafte Frage, ob der soziale Preis, den Griechenland für die zu befolgenden wirtschaftlichen Maßgaben bezahlen muss, zu hoch ist, und ob in den von EU und IWF aufgestellten Kreditbedingungen die besondere strukturelle Schwäche des Landes angemessen berücksichtigt wird.

Darüber hinaus hat die Krise dazu geführt, dass die Griechen von einigen europäischen Medien und Politikern als faule Steuerhinterzieher mit gutbezahlten Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst dargestellt werden, die längst in Pension gegangen sind, bevor sie 60 Jahre alt sind. Die Konzentration auf die extremeren Aspekte der griechischen Gesellschaft erweist sich als überflüssig und kontraproduktiv, vor allem in einer Zeit, in der Griechenland mit schwerwiegenden Problemen kämpft: einer Wirtschaft, die schon im dritten Jahr in der Rezession steckt, einer Arbeitslosenrate, die auf dem höchsten Stand seit mehr als einem Jahrzehnt ist, Steuersätzen und Sozialversicherungsbeiträgen, die zu den höchsten in Europa gehören, sowie permanenten Spekulationen darüber, ob das Land umstrukturiert oder zahlungsunfähig wird beziehungsweise gar zur Drachme zurückkehrt. Zu dieser Unsicherheit gesellt sich neuerdings die politische Ungewissheit angesichts der gescheiterten Versuche, einen Konsens zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien herzustellen. Bisheriger Höhepunkt: die Umbildung des Kabinetts von Ministerpräsident Georgios Papandreou am 16. Juni, nachdem er zuvor angeblich seinen Rücktritt angeboten hatte, um den Weg für eine Regierung der nationalen Einheit freizumachen.

1. Ein Jahr der Sparsamkeit

In den vergangenen 13 Monaten unternahm die griechische Regierung große Anstrengungen, um den Staatshaushalt wieder in Ordnung zu bringen. Im Jahr 2010 konnte Griechenland das Haushaltsdefizit auf 5 Prozent des BIP herunterschrauben, was laut Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die größte Defizitverringerung innerhalb eines

Jahres ist, die einem ihrer Mitgliedsländer in den letzten 25 Jahren gelungen ist.

Erreicht wurde dies durch eine Reduzierung der öffentlichen Ausgaben um 9 Milliarden Euro und eine Erhöhung der Einnahmen um 4 Milliarden Euro. Dies ging einher mit Maßnahmen zur Rationalisierung des öffentlichen Sektors, zur Reform des Rentensystems, zur Förderung des Wirtschaftswachstums durch die Liberalisierung einiger Wirtschaftssektoren sowie zur Reduzierung bürokratischer Hindernisse für in- und ausländische Investoren. Gleichzeitig plant die Regierung bis 2015 Staatsbesitz im Wert von 50 Milliarden Euro zu privatisieren. Nie zuvor hat Griechenland solch weitreichende Wirtschaftsreformen in so kurzer Zeit durchgeführt.

	% des BIP	Milliarden €
Verringerung Haushaltsdefizit 2009–2010*	5	12
Öffentliche Ausgaben	3,7	9
Gehalts- und Pensionskürzungen	1,2	2,8
Reduktion der Verteidigungsausgaben	0,9	2
Betriebskosten	0,7	2
Öffentliche Investitionen	0,4	1
Sozialausgaben	0,3	0,4
Andere Ausgaben	0,3	0,8
Zusätzliche Einnahmen		
Indirekte Steuern	1,8	4
Veräußerungsgewinne	1,3	3
Einnahmen aus Sozialversicherungen	0,6	1
Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen	0,4	1

* Zahlen aus dem Griechischen Finanzministerium

Aus vielerlei Gründen, auf die später näher eingegangen wird, hat die griechische Regierung besondere Schwierigkeiten, die strukturellen Aspekte der Wirtschaftsprobleme anzugehen. Das führte dazu, dass die Belastungen der Finanzreformen fast ausschließlich den griechischen Steuerzahlern aufgebürdet wurden. Beispielsweise wurde 2010 ein Drittel der Einsparungen im öffentlichen Sektor durch Kürzungen von Gehältern, Renten- und Sozialleistungen erreicht. Etwa drei Viertel der staatlichen Mehreinnahmen des letzten Jahres resultierte aus der Er-

höhung der indirekten Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.

Anfang Juni kündigte die Regierung ein neues Sparmaßnahmenpaket an, um im laufenden Jahr weitere 6,5 Milliarden und bis 2015 fast 30 Milliarden Euro einzusparen. Dies soll durch Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst (bis 2015 sollen 150.000 Beamte aus dem Dienst ausscheiden), weitere Einschnitte bei den Verteidigungsausgaben (2010 wurde der Verteidigungshaushalt um 2 Milliarden Euro gekürzt) und Steuererhöhungen erreicht werden, von denen die Hauptlast die Mittelschicht des Landes zu tragen haben wird. Am 29. Juni 2011 wird im griechischen Parlament über dieses Paket abgestimmt – die Zustimmung ist Voraussetzung für die Auszahlung weiterer internationaler Kredittranchen an Athen.

2. Gesellschaftliche Auswirkungen

Arbeitslosigkeit

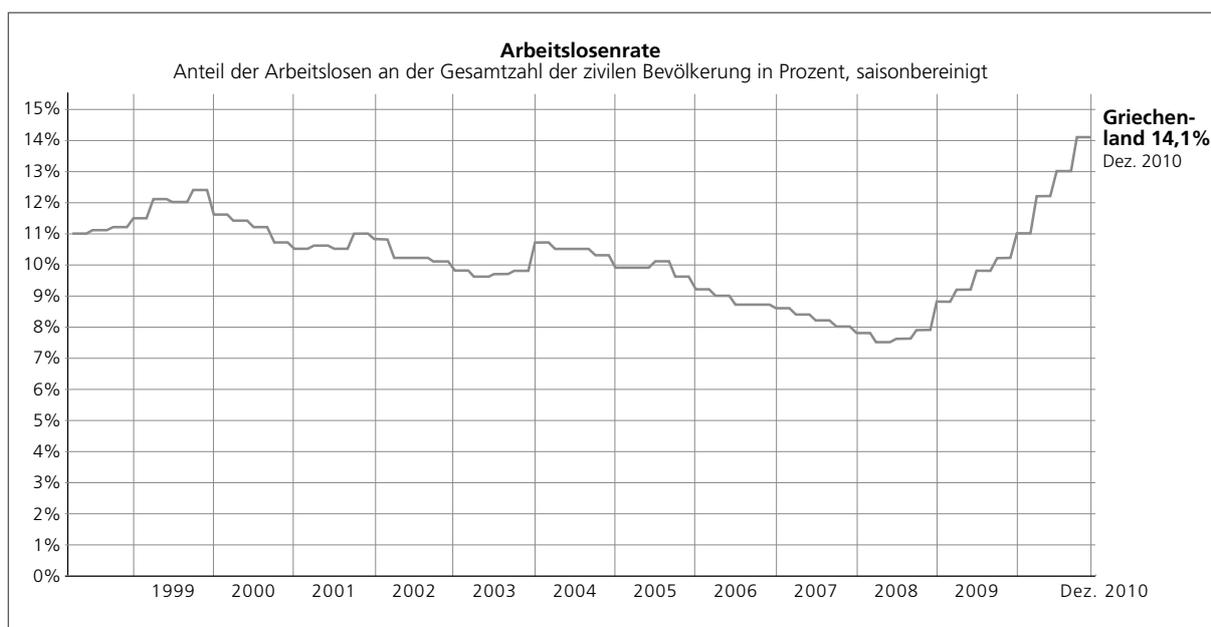
Der Sparkurs hat bereits gravierende Auswirkungen auf die griechische Gesellschaft. Der deutlichste Beleg dafür ist, dass seit dem letzten Jahr 230.000 Menschen ihren Arbeitsplatz verloren haben. Die Arbeitslosenquote erreichte mit 16,2 Prozent den höchsten Stand seit Griechenlands Eintritt in die Eurozone.

Den Daten des griechischen Statistischen Amtes (ELSTAT) zufolge liegt die Arbeitslosenrate bei den 15- bis 24-Jährigen bei 42,5 Prozent und in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen bei 22,6 Prozent.

Derart hohe Arbeitslosenraten exponieren zwei unterschiedliche Probleme Griechenlands. Erstens wird eine steigende Zahl von Menschen in den finanziellen Ruin getrieben, weil das griechische Sozialversicherungssystem nur zwölf Monate lang Arbeitslosenunterstützung zahlt. Von den derzeit 811.000 Arbeitslosen haben lediglich 280.000 Anspruch auf staatliche Hilfen, die zudem weniger als 500 Euro im Monat betragen.

Zweitens verfügt Griechenland über kein staatliches Programm, um jungen Menschen den Eintritt in den Arbeitsmarkt zu erleichtern oder ältere Erwerbslose durch eine Umschulung in den Arbeitsmarkt zurückzuführen.

Daher ist Griechenland mit der konkreten Situation konfrontiert, dass viele Menschen zu Langzeitarbeitslosen werden, während andere sich dafür entscheiden, das Land zu verlassen. Nach Einschätzung des von den beiden wichtigsten Gewerkschaftsverbänden (GSEE und ADEDY) geführten Arbeitsinstituts gibt es bereits 5 Prozent mehr Langzeitarbeitslose als die Statistiken aufweisen. Das Institut erwartet, dass die offizielle Arbeitslosenrate im nächsten Jahr die 20 Prozent-Marke erreichen



Quelle: Eurostat

könnte und damit die »tatsächliche« Rate bei 25 Prozent liegen würde.

Der Leiter des Arbeitsinstituts, Savvas Robolis, weist darauf hin, dass im Jahr 1961, als in Griechenland die große Auswanderungswelle einsetzte und Tausende das Land verließen, die Arbeitslosenquote ebenfalls bei 25 Prozent gelegen habe. »In diesem Jahrzehnt wird die Arbeitslosigkeit das größte Problem der griechischen Wirtschaft sein«, sagte Robolis am 9. Juni 2011.

Offensichtlich spielt eine steigende Zahl junger Griechen mit dem Gedanken, das Land zu verlassen, um anderswo Arbeit zu suchen, beziehungsweise haben viele dies bereits getan. Laut einer im letzten August von Kapa Research großflächig angelegten Umfrage unter Abiturienten gaben sieben von zehn Befragten an, eine Arbeitssuche im Ausland in Betracht zu ziehen.

Betriebsschließungen

Die große Zahl der Menschen, die im letzten Jahr ihren Arbeitsplatz verloren, ist ein deutliches Indiz für die schlechte Lage von Handel und Gewerbe in Griechenland, die von den Steuererhöhungen, dem sinkenden für den Konsum zur Verfügung stehenden Einkommen, dem Mangel an Liquidität und dem schwindenden Konsumentenvertrauen besonders betroffen sind.

Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Volkswirtschaften ist Griechenland stark auf den privaten Konsum angewiesen. Dieser macht mehr als 70 Prozent der Wirtschaftsleistung aus und die im letzten Jahr verabschiedeten Sparmaßnahmen hatten hier gravierende Auswirkungen.

Laut ELSTAT ging der Konsum im letzten Quartal 2010 um 8,6 Prozent auf 39,7 Milliarden Euro zurück. Das heißt, die Haushalte gaben im Vergleich zum Vorjahr 1,6 Milliarden Euro weniger aus.

»Der Konsum ist der Motor der griechischen Wirtschaft, die Produktion hinkt hinterher«, sagte Napoleon Maravegias, Professor der Politikwissenschaft und öffentlichen Verwaltung, am 29. Mai 2011. »Deshalb führt ein Rückgang im Konsum zu einer ernsthaften Rezession.«

Die griechischen Unternehmen reagieren auf diese Situation entweder mit Entlassungen oder mit Lohnkürzungen. In vielen Fällen mussten Arbeitnehmer im privaten Sektor Lohnkürzungen zwischen 10 und 20 Prozent hinnehmen. Die Gehälter im öffentlichen Dienst wurden sogar um 20 bis 30 Prozent gekürzt und auch die monatlichen Rentenzahlungen waren ähnlichen Kürzungen unterworfen.

Da zudem die Steuersätze im letzten Jahr erheblich angehoben wurden, ist die Kaufkraft der Griechen beträchtlich gesunken. Der Einzelhandel ging 2010 um 12 Prozent zurück, schätzungsweise mussten 65.000 Geschäfte schließen.

Ein weiterer Effekt der Lohnkürzungen war, dass das nicht mehr zeitgemäße griechische Sozialversicherungssystem zusätzlich belastet wurde. Das Arbeitsinstitut schätzt, dass der griechische Hauptversicherungsträger IKA für jedes Prozent Lohnkürzung 115 Millionen Euro weniger an jährlichen Beitragszahlungen verbuchen kann.

Soziale Ausgrenzung

Der Rückgang der Beitragszahlungen und die höhere Zahl von Unterstützungsbedürftigen verstärkt den Druck auf das griechische Sozialsystem, das bereits vor der Krise unzureichend finanziert und schlecht organisiert war. Mit der wachsenden Zahl an Menschen, die entweder arbeitslos sind oder mit einem extrem niedrigen Einkommen auskommen müssen, steigt auch der Bedarf an sozialer Unterstützung. Die Menschen sind dabei zunehmend auf die Hilfe von Nichtregierungsorganisationen angewiesen.

Die *New York Times* berichtete am 15. Mai 2011, dass Sozialarbeiter und städtische Beamte in Athen einen 25-prozentigen Anstieg bei der Obdachlosigkeit konstatieren. In der größten Armenküche Athens stehen täglich etwa 3500 Menschen für Essen und Kleidung an. Als diese Einrichtung vor zehn Jahren öffnete, waren es etwa 100 Menschen pro Tag.

Das Durchschnittsalter der Hilfsbedürftigen liegt heute bei 47 Jahren; vor zwei Jahren lag es noch bei 60. Das macht deutlich, dass viele dieser Menschen seit Beginn der Krise entweder ihren Arbeitsplatz verloren haben oder ihre Selbstständigkeit aufgeben mussten.

Allerdings sind unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen auch viele der Hilfsorganisationen, die dort soziale Unterstützung leisten, wo die Regierung es nicht tut, aufgrund der knapper werdenden Gelder von der Schließung bedroht. Gleichzeitig treffen die Kürzungen der öffentlichen Ausgaben einige der schutzbedürftigsten Bürger besonders stark. Die Regierung kündigte beispielsweise Anfang Juni an, dass sie die staatlichen Zuschüsse für Behinderte für den Kauf von Hilfsmitteln, einschließlich Rollstühlen und Prothesen, um 50 Prozent kürzen werde.

3. Die Reaktion der griechischen Gesellschaft

Angesichts der weitreichenden Auswirkungen der Krise und der Sparmaßnahmen verwundert es nicht, dass die griechische Bevölkerung nicht einfach hinnimmt, wie ihre Regierung, die EU und der IWF mit dieser noch nie dagewesenen Situation umgehen.

Aus einer von Public Issue durchgeführten und am 12. Juni 2011 in der Tageszeitung *Kathimerini* veröffentlichten Meinungsumfrage geht hervor, dass 87 Prozent der Befragten der Meinung sind, Griechenland schlage einen falschen Kurs ein, und ein ähnlich hoher Prozentsatz äußerte sich unzufrieden über die Lebensqualität. Insgesamt brachten die Griechen ihre tiefgreifende Unzufriedenheit zum Ausdruck.

Die Bewegung der sogenannten »empörten Bürger« bringt seit dem 25. Mai jeden Abend Tausende von Menschen auf den wichtigsten Plätzen Athens, Thessalonikis und anderer Städte zusammen. Auch wenn die Proteste mit dem Skandieren von Parolen gegen die EU/IWF-Kreditvereinbarung populistische Züge haben, sind sie doch beeindruckend friedlich und unpolitisch.

Für Griechenland, mit öffentlichen Protesten, die von politischen Parteien oder Gewerkschaften organisiert werden, bestens vertraut, handelt es sich hier um ein bedeutsames Novum, denn im Fall der »empörten Bürger« gibt es keine politischen oder gewerkschaftlichen Bindungen. Die Teilnehmer an den Demonstrationen widersetzten sich allen Versuchen von links- oder rechtsgerichteten Kräften, die aus den Protesten profitieren und Menschen für ihre Bewegung rekrutieren wollen. Die Überparteilichkeit führt dazu, dass die Proteste, an denen sich an manchen Tagen bis zu 100.000 Menschen

beteiligen, von weiten Teilen der Bevölkerung getragen und unterstützt werden.

Dieser neue Trend, die offensichtliche Abkehr von den politischen Parteien des Landes, ist ein Wendepunkt für Griechenland. Denn die bestehenden Parteien – insbesondere die Nea Dimokratia (ND) und die Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK), die seit dem Sturz der Militärdiktatur im Jahr 1974 wechselweise ständig an der Macht waren – werden nun als zentrale Verursacher der Probleme gesehen. Das klientelistische Verhältnis der Parteien zur Wählerschaft, durch das der öffentliche Sektor aufgeblasen, korruptiert und ineffektiv wurde, sowie der private Sektor durch Bürokratie und widerspenstige Gewerkschaften behindert wurde, gilt als der vielleicht bedeutendste Faktor für die Aushöhlung Griechenlands in den letzten vier Jahrzehnten.

Ein zweiter Trend, der auf eine politische Reife hinweist, ist die überwältigende Ablehnung populistischer Ideologien bzw. des Gedankens, dass es für Griechenland einen leichten Ausweg aus der gegenwärtigen Krise gebe. Beispielsweise sprachen sich in einer am 22. Mai 2011 durchgeführten öffentlichen Meinungsumfrage 66 Prozent der Griechen gegen die Rückkehr zur Drachme aus. Trotz der Skepsis über die Rolle der EU im Umgang mit der griechischen Krise glauben 58 Prozent der Griechen weiterhin, dass die Zugehörigkeit zur Eurozone für das Land positiv sei. Als der Euro 2001 eingeführt wurde, lag dieser Prozentsatz bei 72.

Die Absage an eine einfache Lösung für die gegenwärtige Krise wird auch daran deutlich, dass es der größten Mitte-Rechts-Oppositionspartei Nea Dimokratia nicht gelingt, bei den Umfragewerten an Boden zu gewinnen, obwohl sie seit mehr als einem Jahr vehement gegen die EU/IWF-Maßgaben protestiert und zwei Anläufe unternommen hat, alternative Maßnahmen ins Gespräch zu bringen, die vor allem weitreichende Steuersenkungen enthielten. Zwar ergab die Meinungsumfrage vom 12. Mai, dass die regierende PASOK um vier Prozent zurückgefallen ist, aber die Unterstützung der konservativen Nea Dimokratia lag trotzdem nur bei 31 Prozent. Das sind noch 2,5 Prozent weniger als bei den Parlamentswahlen von 2009, ihrem bislang schlechtesten Ergebnis bei nationalen Wahlen. Marginal höhere Umfragewerte als bei den Wahlen 2009 konnten die Kommunistische Partei (KKE), drittstärkste politische Kraft, sowie die rechtsgerichtete nationalistische Orthodoxe Volkszusam-

mengehörigkeit (LAOS) und die Koalition der radikalen Linken (SYRIZA) für sich verbuchen. Aufgrund ihrer extremen Positionen zu vielen Themen, angefangen bei der Wirtschafts- bis hin zur Einwanderungspolitik, wäre es allerdings sowohl für die PASOK als auch die Nea Dimokratia schwierig, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Zwei neue kleinere Parteien, die vorwiegend aus gemäßigten Linken bestehende Demokratische Linke und die eher in der Mitte anzusiedelnde Demokratische Allianz, haben von der Unzufriedenheit mit dem bestehenden politischen System profitiert. Den Umfragen zufolge würden sie bei einer Parlamentswahl die Dreiprozenthürde nehmen und damit ins Parlament einziehen.

Trotz der relativ gemäßigten politischen Reaktion auf die Krise ist klar, dass die griechische Gesellschaft sich der Grenze dessen nähert, was sie hinnehmen kann. Die im Juni von der Regierung angekündigte neue Sparmaßnahmenrunde scheint die Stimmung im Land zum Kippen gebracht zu haben. Innerhalb von 30 Tagen fiel die Unterstützung für die PASOK um 5 Prozent und die Zustimmung für Ministerpräsident Georgios Papandreou um bemerkenswerte 8 Prozent. Begleitet wird dies von massenhaften Protesten initiiert durch die »empörten Bürger« sowie tagelangen Streiks der Gewerkschaftsverbände.

Wie die meisten Umfragen zeigen, würde derzeit keine Partei eine eigene Mehrheit bei einer Parlamentswahl gewinnen. Griechenland blickt auf eine kurze und wenig ergebnisreiche Vergangenheit an Koalitionsregierungen zurück. Die Abkehr vom gegenwärtigen politischen System stellt damit einen weiteren Unsicherheitsfaktor für die Zukunft des Landes dar. Dies wurde noch einmal deutlich, als sich Papandreou und der Vorsitzende der Nea Dimokratia, Antonis Samaras, am 16. Juni nicht auf eine gemeinsame politische Grundlage einigen konnten und der Vorschlag des Ministerpräsidenten scheiterte, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Das Scheitern der Verhandlungen hinterließ in Griechenland eine hochgradig polarisierte politische Szene.

4. Wie geht es weiter?

Keine weiteren Steuererhöhungen

Die griechische Regierung, die EU und der IWF geraten zunehmend unter Druck, das Sparprogramm zu überprü-

fen. Einer der zentralen Bereiche dabei ist die Steuerpolitik. Griechenland hat den dritthöchsten Mehrwertsteuersatz in der EU, die dritthöchsten Sozialversicherungsbeiträge und die zweithöchste Benzinststeuer. Der Benzinpreis hat sich in Griechenland in einem Zeitraum von zwei Jahren nahezu verdoppelt – im Vergleich brauchte Großbritannien hierfür ein ganzes Jahrzehnt.

Besonders unpopulär ist daher die erneute Anhebung der Lohn- und Einkommensteuersätze um zusätzliche ein bis vier Prozent und die Entscheidung, die Mehrwertsteuer für Restaurants und Cafés zu erhöhen.

Zudem kämen die Steuererhöhungen zu einer Zeit, in der die Arbeitsplätze und Gehälter der Griechen stark gefährdet sind, und in der sich der Eindruck verstärkt, dass die Kosten der Krise unfair verteilt werden. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Regierung nicht entschieden genug gegen Steuerhinterzieher vorgeht.

Entgegen weitverbreiteter Ansichten zahlen etwa zwei von drei Griechen ihre Steuern – nämlich alle im öffentlichen Dienst oder im privaten Sektor abhängig Beschäftigten, bei denen die Arbeitgeber Steuern und Sozialabgaben einbehalten. Der Rest der Erwerbsbevölkerung besteht aus selbstständigen Freiberuflern, unter denen Steuerhinterziehung relativ weit verbreitet ist. Daher liegen die Steuereinnahmen in Griechenland um etwa 5 Prozent des BIP unter dem EU-Durchschnitt. Die Regierung hat dieses Problem bislang nicht in den Griff bekommen.

Berichte über Geldtransfers in Höhe von 40 Milliarden Euro in 2010 auf ausländische Konten tragen zusätzlich zum Ungerechtigkeitsgefühl der Steuerzahler bei. Ihnen drängt sich der Eindruck auf, dass die Regierung Steuerhinterzieher nicht aktiv genug verfolgt und zur Zahlung zwingt. Daher plant das Finanzministerium, in diesem Jahr drei Milliarden Euro Steuern allein durch den Kampf gegen Steuerhinterziehung einzutreiben, und kündigte an, dass es in Zukunft enger mit den Behörden in der Schweiz und anderen Ländern zusammenarbeiten werde, um mehr über Personen in Erfahrung zu bringen, die ihr Geld ins Ausland transferiert haben. Eine der zentralen Ursachen dafür, dass die Regierung die Steuerhinterziehung bislang nicht in den Griff bekommt, ist weniger mangelnder politischer Wille, sondern vielmehr die strukturelle Schwäche des Staates. Die griechische Verwaltung verfügt schlicht nicht über die Fachkräfte, die

Instrumente und das Wissen, um hier erkennbare Fortschritte zu erzielen.

Ein effizienterer Staat

Damit ist eine der großen Schwächen benannt, die das EU/IWF-Memorandum nicht ausreichend berücksichtigt: der schlecht funktionierende öffentliche Sektor, der Griechenlands Reformen de facto blockiert.

Die Beispiele dafür sind zahlreich: die Finanzämter sind heillos überfordert, die Stadtplanungsämter gehören zu den größten Korruptionsherden des Landes, das Justizwesen ist langsam und umständlich (der höchste Verwaltungsgerichtshof des Landes, der sogenannte Staatsrat, hat einen Bearbeitungsrückstand von mehr als 30.000 Fällen), öffentliche Krankenhäuser verfügen über keine computergestützten Einkaufsbelege, die Gesetzgebung zu Unternehmensgründungen ist unnötig kompliziert, die Leistungen der Angestellten im öffentlichen Dienst sind noch nie bewertet worden, und es gibt im Allgemeinen wenig Gemeinschaftssinn in den Ministerien und im öffentlichen Dienst, da bei jedem Regierungs- bzw. Ministerwechsel auch hohe Beamte ausgetauscht werden.

Dies hat gravierende wirtschaftliche Folgen: Zum Beispiel hatte Griechenland zwischen 2007 und 2013 Anspruch auf 4,2 Milliarden Euro an EU-Geldern aus dem Europäischen Sozialfonds für Programme zur Förderung von Beschäftigung und sozialer Integration. Bislang wurden jedoch lediglich 18,5 Prozent der Mittel abgerufen. Dies ist in erster Linie der Ineffizienz des öffentlichen Sektors geschuldet.

Zu den von diesen Mängeln verursachten ökonomischen Kosten gesellt sich eine gesellschaftliche Dimension: die griechischen Steuerzahler haben den Eindruck, einen hohen Preis für sehr geringe Leistungen des Staates zu bezahlen.

Das staatliche Schulwesen ist eines der besten Beispiele dafür. In einem Bericht von Ende Mai 2011 wies das von der Europäischen Kommission finanzierte Europäische Netzwerk von Experten der Sozialwissenschaften auf dem Gebiet Bildung und Fortbildung (NESSE) darauf hin, dass griechische Familien, die ihre Kinder auf staatliche Schulen schicken, pro Jahr 952 Millionen Euro für privaten Nachhilfeunterricht ausgeben. Das entspricht etwa

20 Prozent der jährlichen öffentlichen Bildungsausgaben. Im Vergleich dazu werden laut NESSE-Bericht in Deutschland bei einer etwa achtmal so großen Bevölkerungszahl wie Griechenland zwischen 900 Millionen und 1,5 Milliarden Euro pro Jahr für Nachhilfe ausgegeben.

Aus diesen Gründen benötigt die griechische Gesellschaft eine Roadmap, die aufzeigt, wie nicht nur ein kostengünstiger und kleinerer öffentlicher Sektor geschaffen wird, sondern auch einer, der effizienter und besser auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten ist. Wenn die griechische Regierung, die EU und der IWF der Bevölkerung darlegen könnten, wie dies im Rahmen einer Zukunftsvision für Griechenland aussehen könnte, würde dies sicherlich dazu beitragen, die Unterstützung der Bevölkerung auch für andere Maßnahmen zu gewinnen.

Die Klischeevorstellungen beseitigen

Ein zentraler Baustein der von der Regierung initiierten Reformen ist die Privatisierung von Staatsbesitz. Anfang Juni stimmte sie dem Verkauf von weiteren 10 Prozent des Telekommunikationsunternehmens OTE an die Deutsche Telekom zu. Entgegen dem von einigen Berichten erweckten Eindruck gibt es keinen weitverbreiteten Widerstand gegenüber solchen Veräußerungen. Tatsächlich geht aus Meinungsumfragen der jüngsten Zeit hervor, dass die Mehrheit der Griechen für Privatisierungen ist, insbesondere von Staatsunternehmen wie der griechischen Eisenbahngesellschaft OSE, die die öffentlichen Haushalte belasten. Allerdings besteht Sorge darüber, dass Griechenland unter Druck verkaufen könnte und daher nicht den besten Preis erzielt oder nicht an den Kaufinteressenten verkauft, der am ehesten im Interesse des Allgemeinwohls handelt.

Abgesehen von der Gewerkschaft der Öffentlichen Elektrizitätswerke, die durchaus radikal ist, gab es auch vonseiten der Gewerkschaften nur schwache Proteste. Die Gewerkschaften übten früher aufgrund der politischen Verbindungen zu den Regierungsparteien einen beträchtlichen Einfluss aus, was sich in den letzten Jahren, insbesondere seit Beginn der Krise, jedoch deutlich geändert hat. Mit der Organisation von Streiks haben sie keinen Einfluss mehr auf den politischen Entscheidungsprozess, und die Tatsache, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre eigenen, weitaus größeren Demonstrationen orga-

nisieren, bedeutet, dass die Autorität der Gewerkschaften beträchtlich untergraben wurde. Ein Überblick über die Privatisierungen in Griechenland in den letzten Jahren, wie die von Olympic Airlines, dem Telekommunikationsunternehmen OTE und dem Frachtterminal am Hafen von Piräus, zeigt, dass die Gewerkschaften keine Hürden errichteten, wenn die Regierung den entschiedenen politischen Willen an den Tag legte.

Das Bild der allmächtigen Gewerkschaften, die angeblich den gegenwärtigen Reformprozess blockieren, ist eines von mehreren Griechenlandklischees, die eine sachliche innereuropäische Debatte behindern, die Moral der griechischen Bevölkerung angreifen und in einigen Ländern nationalistischen Tendenzen Auftrieb geben.

In Griechenland herrscht große Frustration darüber, dass die internationalen Medien und einige europäische Politiker Einzelaspekte der griechischen Gesellschaft herausgreifen und als allgemeine Norm präsentieren. Dazu gehören die Klischees, die Griechen seien faul, würden Steuern hinterziehen, der Großteil der Bevölkerung habe komfortable Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, gehe zu früh in Rente und zu häufig in Urlaub.

Tatsächlich handelt es sich hier durchweg um verzerrte Darstellungen:

- Zahlen von Eurostat für das Jahr 2011 zufolge arbeiten griechische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchschnittlich 42,1 Stunden pro Woche. Das ist die höchste Wochenstundenzahl in der EU, und es sind sechs Stunden mehr als in Deutschland.
- Mindestens zwei Drittel der Griechen zahlen zuverlässig ihre Steuern.
- Nicht einmal ein Viertel der Griechen, und demnächst noch 150.000 weniger, sind im öffentlichen Sektor beschäftigt, wo die Durchschnittsgehälter gerade auf unter 1500 Euro gesenkt werden.
- Laut Eurostat betrug das Renteneintrittsalter in Griechenland im letzten Jahr 61,4 Jahre, in Deutschland 62 Jahre. Die vom Deutschen Bundestag 2007 verabschiedete Rentenreform hat zum Ziel, das Renteneintrittsalter bis 2029 auf 63 Jahre zu erhöhen. Mit dem im vergangenen Jahr in Griechenland verabschiedeten

Rentengesetz wird das Renteneintrittsalter bis 2015 auf 63,5 Jahre angehoben.

- Eine Studie von Mercer Human Resource Consulting stellte fest, dass ein Angestellter in Griechenland mit zehn Berufsjahren insgesamt 37 Tage pro Jahr frei hat (darunter an 12 gesetzliche Feiertagen), während ihre Kollegen in Deutschland an 33 Tagen frei haben (davon bis zu 13 gesetzliche Feiertage).

Dass oben genannte Vorurteile Teil der öffentlichen Debatte geworden sind, sei es durch Boulevardmedien wie die Bild-Zeitung oder durch populistische Parteien wie die finnische Perussuomalaiset (Wahre Finnen) und die PVV (Partij voor de Vrijheid) in den Niederlanden, schadet den Bemühungen um eine angemessene Lösung der Probleme Griechenlands, denn sie nährt in den Kreditgeberländern den Sensationshunger und in Griechenland die Feindseligkeit. Daher ist es wichtig, in den Umgang mit der Krise in Griechenland wieder einen Sinn für die Realität einfließen zu lassen, wenn sowohl die europäische als auch die griechische Öffentlichkeit die Bemühungen weiterhin unterstützen sollen.

5. Fazit

Griechenland hat einige entscheidende Schritte in Richtung einer Sanierung des Staatshaushaltes gemacht, weitere Schritte stehen noch aus. Die finanzielle Bürde für die griechischen Bürgerinnen und Bürger wiegt bereits jetzt sehr schwer, weil sich das Land in einer schweren Rezession befindet und sich die Anstrengungen der Regierung fast ausschließlich auf die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben und die Erhöhung der staatlichen Einnahmen durch eine Anhebung der indirekten Besteuerung konzentrieren.

Die sozialen Auswirkungen der Krise sind an einer Rekordarbeitslosenquote, der Schließung von Geschäften und Betrieben sowie einer wachsenden Zahl an Menschen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind, abzulesen.

Die griechischen Bürger haben auf diese schwierigen Zeiten bislang mit beachtlicher Reife reagiert. Statt auf Gewalt und Populismus zurückzugreifen, haben sie friedliche Demonstrationen vorgezogen, die sich gegen das gescheiterte politische System richten. Sie sprechen sich



größtenteils für den Verbleib in der Eurozone aus und glauben nicht an eine leichte Lösung für die Probleme des Landes. Der sich abzeichnende Meinungsumschwung in den Umfragen lässt allerdings die politische Zukunft des Landes ungewiss erscheinen.

Die Regierung muss sich bei der Einführung einer weiteren Sparmaßnahmenrunde aber darum bemühen, die Mehrheit der Bevölkerung wieder auf ihre Seite zu bekommen. Griechenland und seine Partner müssen daher besonderes Augenmerk darauf richten, hinsichtlich der Besteuerung eine gerechte Lastenteilung herzustellen und eine kohärente Vision zu präsentieren, wie der öffentliche Sektor reformiert werden kann, um moderner und effizienter und nicht nur kostengünstiger und kleiner zu werden. Zudem müssen sie einige der Klischees aus dem Weg räumen, die auf unfaire Weise das Bild Griechenlands verzerren und im Land selbst und in ganz Europa die Zweifel nähren.



Über den Autor

Nick Malkoutzis ist stellvertretender Chefredakteur der englischsprachigen Ausgabe der *Kathimerini*, einer überregionalen griechischen Tageszeitung, und Blogger bei *Inside Greece*.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86872-804-0